

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 18. November 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Dabbe, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld: W. Thienes. Graßwald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg: Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. Kopenhagen: Aug. J. Wolf & Co.

Die Republik Brasilien.

Ans Brasilien liegen eine Reihe von Deswegen vor, welche aber noch keinen klaren Ueberblick über die dortigen Vorgänge der letzten Tage gewähren, es dürfte aber zweifellos sein, daß die **aufreißerische Bewegung nicht im ganzen Lande Anklang findet** und daß das Militär nur in einigen Orten mit den Revolutionären Hand in Hand geht. Besonders die **Provinz Bahia** steht der Bewegung feindselig gegenüber. Wir stellen nachfolgend die uns aus Rio de Janeiro zugegangenen Depeschen zusammen:

Die provisorische Regierung hat Sonnabend Mittag ein Manifest erlassen, in welchem sie die Monarchie für abgeschafft erklärt und ihre Absicht kundthut, jede Unordnung vermeiden zu wollen. Das Manifest erklärt ferner, die provisorische Regierung habe aus den einzelnen Provinzen Brasiliens zahlreiche Zustimmung- und Anerkennungserklärungen erhalten. Der frühere Präsident des Ministerraths ist verhaftet worden. Der Kaiser soll, wie es heißt, mit der größten Rücksicht behandelt werden.

Der Kaiser wird in seinem Palais gefangen gehalten und hat auf die Anzeige, daß er des Thrones entsetzt sei, aber eine Dotation erhalten werde, erwidert, er werde nur der Gewalt weichen. Die Mehrzahl der Provinzen scheint der Gründung einer Föderativ-Republik zustimmen zu wollen. Der Finanzminister hat erklärt, alle Verträge und Abmachungen würden aufrecht erhalten werden. Die Bevölkerung verhält sich ruhig. Der Handel ist gestillt.

Der Reichskourier der Bank wurde am Sonnabend nicht notirt, das Bankgeschäft ist suspendirt, die Banken und die Privatbankanten verhalten sich zurückhaltend.

Wie es heißt, werden der Kaiser und die Mitglieder der kaiserlichen Familie sich morgen nach Europa einschiffen.

Außerdem sind uns noch folgende Privat-Depeschen zugegangen:

Risabon, 17. November. Die portugiesische Korvette „Bartholomeus Diaz“ erhielt den Befehl, nach Brasilien zu gehen.

Rio Janeiro, 17. November. Der Kaiser reiste heute nach Europa ab.

Deutschland.

Berlin, 17. November. Ueber die **Offiziere a. D. und z. D.** spricht sich die „Kreuz-Zeitung“ folgendermaßen aus:

Es möchte kaum in einem Stände eine größere Verrücktheit in Hinsicht auf die Obliegenheiten, Rechte und Verpflichtungen herrschen, als in den Reihen dieser meist altgedienten, mehr oder minder invaliden, theils wegen anderer dienstlicher Gründe in militärischer Zurückgezogenheit lebenden Verabschiedeten. Selbst der Unterschied zwischen den Offizieren a. D. und z. D. ist gegenwärtig gänzlich verwischt; und verleiht der Aufklärung Suchende in Verordnungen oder juristischen Werken nach einer völlig genauen Auskunft. Früher waren die z. D. gestellten Offiziere wenigstens von den Kommandirungen befreit, und es hat wohl manchen völlig selbstständigen Offizier dieser Art umfaßt, der sich in der Kategorie derer „a. D.“ stellen zu lassen. Nun jene Erleichterung weggelassen ist, steht man vor neuen Räthseln. Und so viel ist klar, daß die nun fast in eine Masse vermischten Offiziere völlig außer Berührung mit der Armee stehen, wodurch sie andererseits allerdings die Freiheit haben, sich an der Verwaltung, am politischen Leben, an den kommunalen Angelegenheiten, nur nicht an kirchlichen zu betheiligen. An den letzteren deshalb nicht, weil sie mehrwöchentliche zur Militär-gemeinde gehören, die sich aber weder um ihr Wohl, noch um ihr Leben und Sterben bekümmert. Der einzige Zusammenhang, den jene Männer mit der Armee haben, ist, daß sie alljährlich aufgefordert werden, sich im Falle des Krieges für Feldstellen bereit zu erklären; die sich Meldenden werden dann zu Kommandirenden von Stappen, Ersatzbataillonen und dergleichen, zu Verständen von Kommissionen und wer weiß zu welchen anderen Dingen herangezogen; auch kommt es vor, daß sie bei bewährter Tüchtigkeit im Laufe des Krieges zu besonderen Kommandos genommen werden. Was sie aber in allen solchen Fällen thun sollen, ist um so räthselhafter, als sie bei der völligen Umwälzung, welche im letzten Decennium die Reglements, Schieß-instruktionen, der Felddienst, die technischen Vorfälle u. s. w. erfahren haben, den heutigen Dienst gar nicht mehr kennen, da sie nicht nur nirgends herangezogen, sondern fast gänzlich von allem militärischen Leben ferngehalten wurden. So erwacht die Frage, ob es nicht zweckmäßig wäre, eine schärfere Scheidung zwischen den Offizieren, welche sich dem Vaterlande für alle Fälle zur Verfügung stellen, und denen, welche dies nicht wollen oder können, eintreten zu lassen. Dann muß letzteren wohl unbedingt Gelegenheit gegeben werden, sich durch Bewohnung von Uebungen mit dem heutigen Kriegswesen völlig vertraut zu machen.

Mit den Ergebnissen der Reise des Kaisers beschäftigt sich ein Artikel der „Post“. Sie erklärt es als natürlich, daß so viele Zusammenkünfte herrschender und leitender Persönlichkeiten, wie sie in den letzten Wochen erfolgten, die Meinung verbreitet hätten, dieselben seien durch einen bedeutenden Zweck veranlaßt worden und müßten bedeutende Folgen haben. Die „Post“ sieht dieser Annahme im Gegensatz zu Wiener und Pester Stimmen durchaus zweifelnd gegenüber und sucht sich die Vorgänge auf eine einfache Art zu erklären. Der Besuch in Athen habe den in Konstantinopel zur unabweisbaren Nothwendigkeit gemacht, womit an den Tag gelegt war, daß der Kaiser die Türkei als ein berechtigtes Glied der europäischen Staatenordnung ansehe, und daß er sie zur Mitvertheidigung derselben befähigt glaubt. Daß bei der Rückreise des Kaisers durch die Gebiete nahe beieinander und durch besondere Verträge mit dem deutschen Reich eng verbundene Staaten die Herrscher derselben die Bezeugung mit dem Kaiser suchten, bedürfe wohl ebenfalls keiner besonderen Erklärung. Ein ungelöstes aber ernstliches Ergebnis der Kaiserreise für die glückliche Zukunft, den sie auf Europa gemacht habe. Das Blatt sagt: „Nach giebt es viele Stellen in Europa,

wo man sich mit dem Gedanken schmeichelt, daß so plötzlich entstandene Größe Deutschlands sei das Werk einiger Männer und werde mit diesen Männern vorübergehen. Es ist sehr gut, wenn solche Stellen dem Eindruck sich nicht länger verschließen können, daß jene Männer Nachfolger gefunden haben und finden werden, solche Nachfolger, deren ganzes Auftreten das Bewußtsein wiederbelebt, daß sie von einem breiten Strom nationaler Kraft getragen sind. Was über diese Allen sichtbare Wirkung der Kaiserreise hinaus an besonderen Abmachungen bald da, bald dort, namentlich von der russischen Presse insinuiert wird, das halten wir für reines Phantasiespiel. Wir glauben ganz und gar nicht an Verabredungen mit dem Sultan und seinen Ministern zur Mitwirkung der Türkei bei den zentral-europäischen Vertheidigungsanstalten. Wir glauben aber auch nicht an die Verabredung von Zugeständnissen an die russische Balkanpolitik. Diese Politik hat ja von Zeit zu Zeit sich immer wieder bewahrt, daß sie mit Waffengewalt in Bulgarien vorgehen wolle, und man kann diesen Verwahrungen glauben, weil der russische Generalstab einen Theil seiner Streitkräfte durch einen Besatz in Bulgarien zu isoliren glaubt. So lange man also ganz andere Rückschlüsse vor Augen hat, wird man nicht nach Bulgarien gehen. Die russische Politik sucht daher ihren Zweck zu erreichen, indem sie die rechtliche Konsolidierung der Verhältnisse Bulgariens hindert und dadurch das bulgarische Volk einmal zu unversöhnlichen Handlungen zu treiben hofft. So ist das Gerücht entstanden, Rußland habe sich von dem Wiener Kabinett die Zusage ausbedungen, den Prinzen Ferdinand niemals als Fürsten von Bulgarien anzuerkennen. Als ob heute irgend eine Macht in irgend einer Frage sich ein „Niemals“ entziehen lassen könnte! Als ob der europäische Friede mit einem solchen Niemals etwas gewinnen könnte, das eine einzelne Lösung ausschließt, um allen möglichen Wirrungen Thür und Thor zu öffnen.

Man wird gut thun, alle solche Vermuthungen zurückzuweisen und den Gewinn der Kaiserreise nicht in positiven Abmachungen, sondern lediglich in dem verstärkten Eindruck der deutschen Kraft und Gesundheit und der jeder Gefahr gewachsenen Fähigkeiten seines jugendlichen Herrschers zu suchen.

Unterrichtete Privatnachrichten aus Paris stellen den Plan einer **Verlobung des Prinzen Ferdinand** mit der Tochter des Herzogs von **Alençon** in Aussicht; für die Prinzessin soll nach früherer Bestimmung eine andere Vermählung in Aussicht genommen sein.

Die **Reichstags-Kommission** zur Vorberatung des **Sozialistengesetzes** genehmigte im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung den ganzen § 22 der Novelle mit 22 Stimmen. Danach wird also eine Beschwerde-Kommission mit dem Sitz in Berlin gebildet. Dieselbe besteht aus einem Vorsitzenden und elf Mitgliedern. Die Mitglieder werden vom Bundesrat aus den Mitgliedern der höchsten Gerichte und Verwaltungsgerichte des Reichs oder der einzelnen Bundesstaaten gewählt. Die Wahl erfolgt für die Dauer ihres Verbleibens im richterlichen bezw. verwaltungsgerichtlichen Amte. § 23 der Novelle bestimmt, daß die Kommission in der Besetzung von sieben Personen mit Einschluß des Vorsitzenden erfolgen soll. Die Verhandlung und Entscheidung soll stattfinden in nichtöffentlicher Sitzung nach vorausgegangener Ladung der Beschwerdebeführer oder deren Bevollmächtigten, sowie der Behörde, gegen deren Verfügung die Beschwerde erhoben ist. Die Entscheidungen ergeben nach freiem Ermeßsen und sind endgültig. Die Kommission ist befugt, Beweis in vollem Umfange zu erheben oder erheben zu lassen. Hinsichtlich der Verpflichtung, sich vernehmen zu lassen, sowie hinsichtlich der im Falle des Ungehorsams zu verhängenden Strafen kommen die für das Strafgerichtliche Verfahren geltenden Bestimmungen zur entsprechenden Anwendung. Dasselbe gilt für die Handhabung der Sitzungs-polizei. Im übrigen wird der Geschäftsgang durch ein von dem Bundesrathe zu bestellendes Regulativ geordnet. In § 23 war von einem Antrag auf Zulassung der Öffentlichkeit bei den Gerichtsverhandlungen gestellt worden. Es drehte sich im wesentlichen um diesen Punkt die Debatte. Für die Zulassung der Öffentlichkeit sprachen sich die Nationalisten aus, während namentlich die Abg. v. Helldorf, v. Kleist-Schewo in wesentlicher Ueberzeugung mit dem Staatssekretär v. Bötticher gegen die Öffentlichkeit äußerten. Der Staatsminister des Innern, Herrsching, legte wesentliche Bedenken gegen die Zulassung der Öffentlichkeit nicht, da ja immerhin den Richtern der Beschluß auf Ausschluß der Öffentlichkeit auf Grund des gemeinen Rechts zustehe. Der Antrag auf Zulassung der Öffentlichkeit wurde schließlich gegen die Stimmen der Konservativen und deutschen Reichspartei angenommen. Namentlich wurde § 23, nachdem einem Antrag auf Ausnahme eines Vertheibigers durch den Angeklagten stattgegeben worden war, mit den durch die **Abstimmung herbeigeführten Änderungen mit 24 Stimmen** angenommen.

Nachdem bereits im vorigen Jahre die Feldartillerie den Generalkommandos unterstellt worden ist, soll das gleiche Verfahren vom 1. April 1890 ab auch auf die Trainbataillone angewandt werden, die damit aus dem bisherigen Verbande der Inspektion des Trains auscheiden. Diese Behörde, deren Kommandeur aus dem Kapitel „Höhere Truppenbefehlshaber“ seine Befolgung erhält, wird aufgelöst und somit entfällt auch die Stelle des Train-Inspektors, welcher den Rang und die Gehaltsklasse eines Brigadeführers hatte. Die Trainbataillone werden zunächst den Artilleriebrigaden zugehört und treten hierdurch unter den ausschließlichen Befehl der Generalkommandos. Die Traindepots, welchen die Verwaltung des gesamten Train-Materials bei den einzelnen Armeekorps obliegt, werden alsdann einer besonderen Traindepot-Inspektion unterstellt; sie stehen fortan zu den Train-Bataillonen in keiner Beziehung mehr, so daß bezüglich des Trains vom 1. April u. s. ab eine vollständige Trennung zwischen Truppe und Verwaltung eintreten wird.

Bezüglich der **Ergründung der Militär-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Kriege** hat der Bundesrat beschlossen, den ihm vorgelegten Entwurf der betreffenden Verordnung mit geringen Änderungen anzunehmen.

Der Bundesrath hat ferner beschlossen, bezüglich der **Ausprägung von Einpfennigstücken** sich damit einverstanden zu erklären, daß ein weiterer Betrag von Einpfennigstücken in Höhe von etwa einer Million Mark ausgeprägt wird, und bei der Vertheilung dieser Prägung auf die einzelnen Münzstätten die in dem Bundesratsbeschlusse vom 21. Dezember 1888 (§ 674 der Protokolle) Punkt 2 bestimmten Prozentsätze zu Grunde gelegt werden.

Mit Spannung, so schreibt man, sieht man in parlamentarischen Kreisen dem weiteren Schicksal des Reichstagsbeschlusses wegen Vorlegung des Entwurfs einer **Militär-Strafprozess-Ordnung** entgegen. Der Bundesrat hat beinahe einstimmig den Reichstagsbeschluss den Ausschüssen überwiesen. Man nimmt an, daß der Beschluss des Reichstages nicht einfach zurückgewiesen, sondern daß er einer weiteren Erwägung unterzogen werden wird. Es ist bekannt, daß einzelne Regierungen zu dem Reichstagsbeschluss sich zustimmen verhalten; es wird daher angenommen, daß auch im Bundesrathe sich Stimmen für Berücksichtigung des Beschlusses aussprechen werden. Uebrigens war auch früher nur die Neigung hervorgetreten, die Frage zu vertragen.

Die Vermählung des Fürsten **Max von Hohenzollern-Hechingen**, vierten Sohnes des Herzogs von Ujest, mit der Gräfin **Selene von Saxe-Weimar**, ältesten Tochter des deutschen Botschafters in London, soll im Januar in Berlin stattfinden.

Es erscheint auffallend, daß der namentlich zwei Wochen alten Nachricht von der Niederlegung der **deutschen Emin-Bajcha-Expedition** bis heute keine näheren Angaben gefolgt sind. Namentlich ist es befremdend, daß keine Meldung über die Ankunft einzelner der Träger der Expedition, welche beim Beginn eines Kampfes mindestens zum Theil entflohen wären, an der Küste, resp. daß durch solche keine näheren Mittheilungen dort eingetroffen sind. In demselben Sinne schreibt die „Post“:

„Daß über das Ende der Emin-Bajcha-Expedition noch immer keine Befestigung vorliegt, ist sehr befremdlich. Ngao, wo der verdiente Lieutenant von Tiedemann sich befinden sollte, ist nur einige Tagesreise von Kan entfernt, den wo mit dem jetzt herrschenden Südwest-Windum eine Nachricht schnell durch eine Dampfschiffahrt befördert werden kann. Der letzte Brief von der Expedition, welcher vom Kapitänlieutenant Rust an einen Privatboten gerichtet war, datirt vom 15. September aus Ngao, ist also fast eine Woche später als der letzte Petersburger Bericht abgegeben. Danach befand sich Peters zu dieser Zeit bereits in Wassa, nachdem die Schwierigkeiten, auf die er vor Ngao stieß, überwunden worden waren. Rust war in Ngao durch Intrigen aufgehalten und erkrankte, erst Tags darauf mit den wichtigsten Sachen Peters zu folgen. Der Schwerpunkt für die Expedition liegt zu dieser Zeit in der Beschaffung von Mais (Rangoes, welche im Durchschnitt etwa 15 Kisten à 30 Kilogramm tragen), da eine bedeutende Anzahl dazu gehören, um die für eine umfangreiche Expedition nöthigen Kosten zu expediren. Auch die Beschaffung der Ausrüstung machte Schwierigkeiten, von der wir nur mühsam Verhandlungen gepflogen werden, bis die nöthige Anzahl zu einem annehmbaren Preise verhandelt sei. Diese Verhandlungen dauerten Stunden lang und es gehörte für den ermüdeten Reisenden eine ungeheure Geduld dazu, diese durchzuführen und nicht durch Festigkeit ein schon fast fertiges Abkommen zu zerstoren. In Ngao waren zur Zeit seiner Anwesenheit die Missionen Weber, Böckin und Pieper, während Wirk gerade abwesend war. Die Missionäre beabsichtigten ihre Thätigkeit den Tag hinaus, vorläufig bis Engatana, auszuweiten. Die Missionen hatten den Plan eines neuen Missionsaufbaues im Agriji genommen, nachdem das alte im März 1888 bei einem Ueberfall der Somalis zerstört worden war. Nach diesem Gewissensmann haben die Engländer ihre Station Wassa auf dem linken Ufer des Tana, also innerhalb der deutschen Interessensphäre, angelegt. Eine andere Station der Engländer befindet sich in Doo Bararova. Nach späteren Nachrichten soll das Lager Kasis durch Feuer verzerzt sein, doch liegen auch feststehende Weise darüber noch keine neueren Mittheilungen vor.“

Der japanische Prinz **Kiritagawa** Tagito und dessen Gemahlin hatten sich heute Mittag von hier nach Potsdam begeben, woselbst Höchstselben dann im neuen Palais von den kaiserlichen und königlichen Majestäten empfangen wurden. Zur Fahrt nach Potsdam waren Höchstselben mit ihrer Begleitung in förmlichen Equipagen aus dem Hotel Royal abgeholt und vom königlichen Kammerherrn von Mohl, welcher zum Ehrendienst kommandirt ist, und dem hiesigen japanischen Gesandten Wicome Sinagawa nach dem Potsdamer Bahnhof geleitet worden. Die Abfahrt von dort erfolgte Mittags mit dem fahrgastmässigen Zuge, in welchen auf Allerhöchsten Befehl ein königlicher Salonwagen eingestellt worden war. Bei der Ankunft in Potsdam standen auf dem dortigen Bahnhofe gleichfalls königliche Equipagen bereit, um die erlauchten japanischen Gäste durch die königlichen Gärten nach dem neuen Palais zu führen, woselbst Höchstselben alsbald nach ihrem Eintreffen von den kaiserlichen Majestäten feierlich und herzlich begrüßt wurden. — Dem feierlichen Empfange folgte sodann, dem Prinzen Kiritagawa Tagito und dessen Gemahlin zu Ehren, bei den kaiserlichen Majestäten eine größere Tafel, zu welcher, außer den japanischen Gästen, der kaiserliche Hof, der Prinz und die Prinzessin Friedrich Leopold, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Hohenzollern, der japanische Gesandte, Kammerherr v. Mohl u. s. w. geladen waren. — Später kehrte das japanische Prinzenpaar dann in derselben feierlichen Weise wieder von Potsdam nach Berlin zurück.

Bayreuth, 16. November. Bei Schluss des Provinziallandtages wählte der Regierungsverband wegen der Ablehnung einiger Regierungsforderungen derart **schroffe Ausdrücke**, daß **famulische Abgeordnete**, falls denselben keine Genguthnung werden sollte, ihr **Mandat niederlegen wollten**.

Österreich-Ungarn.

Wien, 15. November. Gestern Abend hat Herr **Eduard Uhl**, das Oberhaupt der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, sein Mandat als Gemeinderath und damit zugleich seine Bürgermeistervürde zurückgelegt. Die Regie-

rungsamkeit unseres Vordemars war schon längst kein Geheimniß mehr, er selbst hatte derselben schon wiederholt öffentlich Ausdruck gegeben und alle Welt war davon unterrichtet, daß Herr Uhl mit dem heranrückenden Schluss des österreichischen Landtages, in welchem er die Würde eines Landmarfchall-Stellvertreters bekleidet, vom künftigen Stuhl herabsteigen werde, den er seit nahezu acht Jahren inne hatte.

Gleichwohl wirkte der gestern erfolgte Vollzug dieses Rücktritts mit der Unmittelbarkeit eines überraschenden Ereignisses, und die innere Bewegung, mit welcher die versammelte Gemeinde-Vertheilung die amtliche Mittheilung desselben entgegennahm, kennzeichnete sich in dem Umstande, daß die Stadtväter die Lust an weiterer Verathung raubte und zum Schlusse der Sitzung vor Erledigung der Tagesordnung führte. Die Stadtervertheilung that aber noch mehr, um ihr schließendes Oberhaupt zu ehren. Sie beschloß sofort einstimmig, mit Umgehung des weitläufigen Instanzenzuges der Kommissionsvertheilung, dem Herrn Uhl das Ehrenbürgerrecht zu verleihen und ihm so die meingekürzte Anerkennung seiner Mitbürger in den Ruhestand mitzugeben. Es ist diese Auszeichnung der deutschen Beweis für die Sympathien, denen sich der zurücktretende Bürgermeister bei Freund und Gegner — Feinde hatte der gute Mann eigentlich keine — erfreute und man kann mit vollem Recht sagen, daß sein redliches Wollen, die Vortrefflichkeit seines Charakters das beste Plauden in der Bevölkerung zurücklassen. Anders freilich steht es mit seinem Können, das sich zur Zeit seiner Wirksamkeit als durchaus unzulänglich erwies. Einmal war er ein Verlegenheitskandidat der meingigen Parteien im Gemeinderathe und ist es die ganzen acht Jahre seiner Amtswirksamkeit hindurch geblieben.

Wien, 17. November. Das neue rumanische Kabinett wird hier sympathisch aufgenommen, das Programm desselben gleichartig mit jenem des Kabinetts Rosetti-Carp. Der Kabinettschef **Nanu** ist ein besonderer Vertrauensmann des Königs und als deutschfreundlich bekannt.

Zürich, 16. November. Tiroser Landtag. Der Landtag nahm mit 34 gegen 21 Stimmen einen Anschließungsantrag an, durch welchen das Bedürfnis anerkannt wird, den kantonischen Landesstellen von Tiroz zur besseren Beförderung ihrer Angelegenheiten besondere Einrichtungen der Organe der Selbstverwaltung zuzugestehen. Demgemäß wurde der Landesaus-schuss beauftragt, zweckmäßige Einrichtungen und die nothwendigen Verhandlungen einzuleiten, sowie diesbezügliche konkrete Anträge von Seiten der Abgeordneten kantonischen Tiroz entgegenzunehmen.

Pola, 16. November. Se. königl. Hoheit der **Prinz Heinrich von Preußen** und der **Erzherzog Karl Stefan** unternahm heute früh mit zahlreichen Gästen einen Jagdausflug auf die Inseln in der Umgegend von Pola. Abends fand im Marine-Kasino großes Konzert und Tanz statt, an welchem die **Erzherzogin Maria Theresia**, **Prinz Heinrich von Preußen**, die **Erzherzöge Leopold und Karl Stefan**, sämtliche Admirale, Stabs- und Oberoffiziere, sowie andere distinguirte Persönlichkeiten Theil nahmen.

Trier, 16. November. An dem zu **Ehren des deutschen Seehewers** veranstalteten Ausfluge nahmen der **Vize-Admiral v. Wipplinger**, die Kommandanten der deutschen Schiffe, sowie eine große Anzahl von Seeoffizieren Theil. Das Fest war von dem prächtigsten Wetter begünstigt.

Belgien.

Brüssel, 16. November. Die Konferenz zur Veranhandlung der **Sklavereifrage** wird am Montag, den 18. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, unter dem Vorsitz des Ministers des Aeußeren, **Fürsten von Chimay**, im Ministerium des Aeußeren zusammentreten.

Frankreich.

Paris, 15. November. Der „Temps“ meldet in letzter Stunde:

„Wir sagten gestern, daß das Ministerium beschlossen habe, den Kammermann eine Erklärung mitzutheilen. Wir können heute hinzufügen, daß das Schriftstück sehr klar abgefaßt sein wird. Es wird den Wunsch des Landes betonen, eine Beschleunigung eintreten und die spekulative Politik durch eine Politik der Gesinnung ersetzt zu sehen. Das Ministerium wird erklären, daß alle Fragen rein politischer Art, wie die Verfassungsrevision, die Trennung der Kirche vom Staate, entschlossen aus dem Programm der Legislative ferngehalten werden müssen. Es wird der Kammer einen Arbeitsplan vorzeichnen und zur Orientierung anzeigen, daß es vor Allem nöthig ist, sich im Beginn der Legislatur mit der Erörterung des Budgets und der damit zusammenhängenden Fragen zu beschäftigen. Insbesondere wird die Regierung die Einbringung von Gesetzentwürfen betreffend die Reform der Grund- und der Grunderwerbssteuer ankündigen. Bezüglich der Grunderwerbssteuer gedenkt die Regierung sich auf den neuen Kataster der Gebäude zu stützen, welcher eine große Zahl von steuerpflichtigen Grundstücken ausweist. Die Mehreinnahmen der Grunderwerbssteuer sollen zur Aufhebung der Thüren- und Fenstersteuern dienen. Was die Grunderwerbssteuer betrifft, will die Regierung den Entwurf beilegen, den Herr Carnet als Finanzminister im Jahre 1886 eingebracht hatte. Wir können hinzufügen, daß die Regierung wünscht, die Kammer möge sich klar und deutlich über den Betrag dieser politischen Verabreichung und dieses Arbeitsprogramms aussprechen, da sie entschlossen ist, sich zurückzuziehen, wenn ihre Ansichten nicht die Zustimmung der Mehrheit erhalten.“

Paris, 16. November. (B. T.) Die Regierung scheint eine große Unvorsichtigkeit begangen zu haben. Man wird dem Finanzminister vor, den Termin für die neue Verpachtung des **Streichholzmonopols** erst 28 Tage vor Ablauf der alten Pacht anberaunt zu haben; das hat zur Folge, daß eine neue Gesellschaft, die 5 Millionen Konten stellen und eine Fabrik einrichten beschaffen muß, kaum in den Wettbewerb eintreten kann. Man erhebt den Vorwurf, die Kürze der Bewerbungsfrist diene nur dazu, die bisherige Gesellschaft, die dem Publikum zu der allergrößten Unzufriedenheit Veranlassung gegeben hat, zum Nachtheil anderer Konkurrenten zu begünstigen. Der Minister hatte das formelle Versprechen abgegeben, diese Angelegenheit nicht eher zu erledigen, als bis die Kammer ihre Zustimmung zu den Bestimmungen des neuen Vertrages gegeben. Ein Pariser Blatt meint, Carnet hätte darüber wachen sollen, daß solche Unregelmäßigkeit nicht vorkomme; er habe die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß seine Minister nicht bloß ehylich sind, sondern auch ehrlich scheinen.

Paris, 16. November. Heute Vormittag in den Bureaus der Journale und Nachmittags in der Kammer wurde das Gerücht verbreitet, Herr **Jules Ferry** sei gestern in Cannes plötzlich gestorben. Die befräzten Freunde des ehemaligen Konseil-Präsidenten wurden durch den neuen Deputirten und Chefredakteur der „Republique“, **Joséph Reinach**, beruhigt, der heute Morgen einen von gestern datirten Brief Ferrys erhalten hatte, worin derselbe ihm mittheilte, daß er nun gekündigt am 20. d. M. nach Paris zurückkehren werde. Gegen Abend traf dann auch ein Telegramm aus Cannes ein des Inhalts, daß Herr Jules Ferry sich der besten Gesundheit erfreue und heute in Begleitung seines Bruders, des Senators **Charles Ferry**, einen Ausflug nach der Insel Sainte Marguerite mache. Das boulangistische Schandblatt „La Cocarde“ brüht sein Vernehmen aus, daß sich die Todesnachricht nicht bestätigt habe.

Großbritannien und Irland.

London, 15. November. Die **Londoner Werftarbeiter** begnügen sich nicht länger mit dem langersehnten und heißertrittenen „Lammer“ (6 Pence). Sie begannen gestern die Arbeiter der General Steam Navigation Company einen Ausnahm, um die Zahlung eines Stundenlopes von 7 Pence für gewöhnliche Arbeit und 9 Pence für Ueberzeit zu erzwingen. Der Vollzugsrath des neugegründeten Dockarbeiterverbandes befehdt die Forderungen der Arbeiter, deren Bewilligung die Gesellschaft verweigerte. Die Werften in Wapping haben den verlangten höheren Arbeitslohn sofort zugestanden. Heute folgte die erlernwärdige Gesellschaft nach. Die Direktion erklärt jedoch, daß sie in Anbetracht der höheren Vertheilungen ihren Wirkungskreis einschränken müsse, was zur Entlassung einer großen Anzahl von Arbeitern führen würde.

London, 16. November. Die zweite der beiden Expeditionen, welche die königl. afrikanische Gesellschaft zur Beobachtung der am 21. und 22. Dezember stattfindenden totalen Sonnenfinsternis ausendet, tritt heute die Reise nach ihrem Bestimmungsort, den Salut-Inseln, an. Die erste, welche sich nach dem südlichen Westafrika begibt, segelte schon vor einigen Wochen unter Leitung des Dr. Taylor auf dem gewöhnlichen Postdampfer nach Lomaba ab, von wo aus ein britisches Kriegsschiff sie nach einem Punkt der Küste bringen wird, welchen Dr. Taylor für den zu seinem Zwecke geeigneten hält. Die zweite Expedition steht unter Leitung des Paters S. J. Perry vom Stom-hurth College, in dessen Begleitung sich mehrere junge Afrikanen von Ruf, wie Dr. Woonen u. A., befinden. Die Fahrt geht zuerst nach Barbadoes auf einem Postdampfer und von dort auf einem britischen Kriegsschiff nach den Salut-Inseln, welche als der geeignetste Punkt für Beobachtungen in jenen Gegenden gelten. Professor Tachini legte erst die Absicht, den Vater Perry zu begleiten, mußte aber jenen Vorhaben aufgeben. Die Hauptaufgabe, welche sich beide Expeditionen gesetzt haben, besteht darin, festzustellen, ob sich Veränderungen in der Corona zugetragen haben, zweitens die Ausstrahlung der Corona soweit wie möglich zu photographiren und drittens die Intensität des Lichts der Corona zu messen. Die Sonnenfinsternis wird noch anderwärts beobachtet werden. Der Direktor des königlichen Observatoriums, Professor Holden, hat zwei sachverständige Gelehrte nach Südamerika geschickt und das Marine-Departement der Vereinigten Staaten hat den Professor Todd vom Amherst College nach Mexiko in Angula, 100 Meilen von Coahuila-Fluß landaufwärts gesandt, um daselbst Aufnahmen der Erscheinungen vorzunehmen. Außerdem haben sich zwei Damen, **Fräulein C. Brown** und **Fräulein Jefferies**, Mitglieder der astronomischen Gesellschaft von Liverpool, nach Trinidad befehls Wahrnehmung der Sonnenfinsternis begeben.

Dänemark.

Kopenhagen, 14. November. Das Landsting hat sich vorgestern auf einige Zeit verlagert, da die ersten Verathungen der Gesetzentwürfe vollendet, mehrere Verlagen, wie die besonders wichtige über die Branntwein- und Biersteuer, sogar in zweiter oder dritter Verathung angenommen werden sind und die niedergelegten Kommissionen Zeit gewinnen sollen, ihre Berichte abzugeben. Diese Verammlung arbeitet fleißig und vermeidet, so gut es geht, die grobpolitischen Verhandlungen, so daß, wenn es auf sie ankäme, die Geschäfte in den vier Monaten, welche dem Reichstage vor dem Eintritt der Volksstimmwahlen vergönnt sind, erledigt werden könnten. Das Volksting verhandelt gleichfalls und treibt sächliche Politik, allein die wichtigsten Gegenstände, auf welche das Volk wartete, sollen dem noch verlagert werden; denn „die Anwesenheit, welche die Mittel des Staats in den letzten Jahren gefunden haben“, jagte S. Petersen förmlich, „kann das Volksting nicht aufnehmen, dem Ministerium Gelegenheit zur Vermehrung der Staats-Einnahmen zu gewähren“. Wenn das auch Herr Petersen im Landsting nicht gesagt hätte, es würden die Hauptorgane der zwei Einkammparteien: „Morgenbladet“ und „Politiken“, und die Rede, welche der Kassirer des letzteren Blattes, Herrmann Bing, vor seinen Wählern in Jütland hielt, genugsam Zeug dafür sein, daß das Volksting weder auf die Erhöhung der Branntwein- und die Einführung der Biersteuer, noch auf die Kompensation, welche der Finanzminister durch die betreffende Einnahme für die Aufhebung der Zölle auf unentbehrliche Verbrauchsartikel erreichen will, sich einlassen wird. Die Wähler sollen auch bei guter Laune erhalten und in ihrem Branntwein- und Biergenusse nicht gekürzt werden; das erscheint den Einkammparteien, die sich auf dem Lande zur Wahl stellen, so be-denklich, daß sie dafür die Staatseinnahme von 8 Millionen und die den Gemeinden daraus zu-gedachten Summen für die Kranken- und Alters-versorgungsgesetze preisgeben. Gleichzeitig mit der Absicht, die Erhöhung der Staatseinnahmen zu hindern, geht dabei das Streben, durch immer größere Ansprüche auf volkswirtschaftlichem Ge-

Petroleum November 25, 10.
London. Wetter: regnerisch.

Berlin, 18. November. Schluß-Course.

Preuß. Consols	4%	106,50	London lang	—
do. do.	3½%	102,50	Ausienbam lang	—
Romm. Pfandbriefe	3½%	100,20	Paris kurz	—

Hente	96,30	Stein, Salz-Privatist	147,00
Erbsige 5% Hente	84,30	Nene Dampf-Comp.	
Unst. M. Orient. Mül.	65,10	(Steutin)	147,00
do. do. Sconto Credit	4 1/2 % 67,70	Stein, Baumotte-Fabr.	
do. do. von 1884	67,70	Friedr.	47,90
do. do. von 1880	92,50		
Dejert, Bauhotten	107,85	Ultimo-Courfe:	
Unst. Banknot. Caffa	214,70	Disconto-Commandit	285,40
do. do. Ultimo	214,70	Dejert, Credit	255,00
Rat.-Dep.-cred. 5% —		Baurathit	168,90
do. do. (110) 4 1/2 % 106,10		Dorm. Union St. Fr. 6%	138,70
do. do. (110) 4 1/2 % 101,90		Burg. Südban	93,50
do. do. (100) 4%	88,50	Unst. Dampf-Maschin	
R. Dep. M. 2 (100) 4%		hahn	

Tendenz: schwach.

Hamburg, 16. November, Nachmittags 3 Uhr
30 Minuten. Kaffee. (Nachmittagsbericht.)
Good average Santos per November 85, per
Dezember 85,50, per März 1890 80,50, per Mai
80. Feit.

Bremen, 16. November. Norddeutsche Woll-

Wien, 16. November, Nachm. Getreide-
markt. Weizen per Frühjahr 8,80 G., 8,82
B., per Mai = Juni — G., — B. Roggen
per Frühjahr 7,75 G., 7,77 B., per Mai = Juni
— G., — B. Mais per Mai = Juni 5,45

5, 5, 47 B., per Zentl = August — 6, —
 B. Hafer per Frühjahr 7, 67 B., 7, 69 B., per
 Mai-Juni — 6, — B.
 Weiz. 16. November, Vormittags 11 Uhr.
 Probenmark. Weizen loco fester,
 per Frühjahr 8, 43 B., 8, 45 B. Hafer
 per Frühjahr 7, 25 B., 7, 27 B. Neuer Mais
 per Mai-Juni 5, 06 B., 5, 08 B. Rohrmais
 —. Wetter: Schön.

markt. Weizen per November 7, per
März 200. Roggen per März 146, per
Mai 146.

Amsterdam, 16. November. Sava-Kaf-
fee goed ordinary 52.75.

Amsterdam, 16. November, Nachmittags.
4 Uhr. Bancazinn 58.75.

Antwerpen, 16. November, Nachmittags.
Getreidemarkt. Weizen fest. — Rog-
gen höher. — Hafer besser. — Gerste fest.

London, 16. November, Nachmittags. 4 Upr 10 Min. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loco 17 $\frac{1}{2}$ bez, per November 17,50 $\frac{1}{2}$, per December 17 $\frac{5}{8}$ $\frac{1}{2}$ B., per Januar-März 17 $\frac{1}{8}$ B. — Ruhig.

Paris, 16. November, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per November 22,10, per December 22,40, per Januar-März 22,75, per März-Juni 23,25. Roggen ruhig, per November 14,50, per

März-Juni 1,50, Mehl ruhig, per November
 60,80, per Dezember 51,40, per Januar-
 April 52,00, per März-Juni 52,25. Rüböl
 fest, per November 79,00, per Dezember
 78,75, per Januar-April 79,50, per März-Juni
 77,00. Spiritus ruhig, per November 35,75,
 per Dezember 36,25, per Januar-April 37,75,
 per Mai-August 39,25.

Paris, 16. November, Nachmittags. (Schluß-
 Course.) Tendenz: Vehauptet.

3%	amortisir. Rente	91,90	91,10
3 1/2%	Rente.....	87,62 1/2	87,70
4 1/2%	Anleihe	105,20	105,80
4 1/2%	Italienische 5% Rente	92,92 1/2	94,15
4 1/2%	Oester. Goldrente	92,50	92,50
4 1/2%	ungar. Goldrente	87,50	87 1/2
4 1/2%	Russen de 1880.	92,40	92,50
4 1/2%	Russen de 1889	92,20	92,20
4 1/2%	unifrs. Egypter	460,62	461,87
4 1/2%	Spanier äußere Anleihe.	74 1/2	74 1/2
5%	Souver. Russen.	17,55	17,62 1/2

„ „ „	79,25
„ „ „	467 50
„ „ „	465,00
„ „ „	525,00
„ „ „	523,75
„ „ „	290,00
„ „ „	287,50
„ „ „	314,00
„ „ „	314,00
„ „ „	535,00
„ „ „	541,25
„ „ „	841,25
„ „ „	843,75
„ „ „	533,75
„ „ „	533,75
„ „ „	1307,50
„ „ „	1310,00
„ „ „	481,25
„ „ „	478,50
„ „ „	687,50
„ „ „	50,00
„ „ „	53,75

2 Zinto Antwerpen	375,60	377,50
Extrakt-Antien	2390,00	2390,00
Bechsel auf deutsche Plätze 3 Mt	122 1/2	122 1/2
Bechsel auf London kurz	25 22	25 21 1/2
Bechsel auf London	25 24	25 23 1/2
Comptoir d'Escompte 131	657,00	665,00

London, 16. November. Chili-Kupfer
 6,25, per 3 Monat 46 1/2%.

Newyork, 16. November. Wechsel auf London

1. Petroleum in Newbort 740, in
 Philadelphia 745, rohes (Marle Barfers) 775,
 Pipe line certificates per December 1 D. 10⁸/₈ C.
 Rebl 2 D. 90 C. Rother Winter-
 Weizen - D. 86¹/₈ C. Weizen per lau-
 tenen Monat - D. 84¹/₈ C., per December
 - D. 85¹/₈ C., per Mai - D. 90¹/₈ C. & e-
 reideichl 450. Mals 42¹/₈ 3. Zuder
 75. Schmalz lefo 6,47. Kaffee lefo
 Nr. Rio Nr. 3 20,00. Kaffee per De-
 cember Nr. Rio Nr. 7 14,55 Kaffee per

ernar ord. die Nr. 7 14,57. Weizen (Aufangs-
cours) per Mai 90,50.

Telegraphische Depeschen.

London, 17. November. Dem „Newport
erald“ zufolge wird von der **britisch-afrika-
nischen Gesellschaft** eine Expedition unter der
Führung von George Madenzie ausgerüstet, um
Stanley und Emin Pascha zu Hülfe zu kommen.

Triest, 17. November. Eine größere An-

von den Differenzen des hier anerkennenden deut-
schen Geschwaders hat heute früh mit dem deut-
schen Vizetoussult und anderen hervorragenden Ver-
antwortlichen einen vom Vizetoussult v. Wiplinger
transmitteten Ausflug nach der Adelsberger Grotte
absternommen.

Bukarest, 17. November. Das neue Rabi-
t ist heute vereibigt worden.

Privat-Depeschen der Stettiner

Zeitung.
Bern, 17. November. Die Volksabstimmung über das Bundesgesetz betreffend Schuldvertheilung und Konkurs ergab bisher 236,000 Stimmen mit Ja, 217,000 mit Nein. Die Anzählung ist gesichert.